

„Braucht Deutschland eine bewusstere, kohäsive Sprachenpolitik?“

Was wissen wir nun mehr darüber?

Gerhard Leitner, Berlin

Einführung

Ich will zu einem Resümee und zu Folgerungen aus diesem Expertengespräch kommen. Ziel war es, Experten aus Bereichen der Wissenschaft und der vielfältigen Praxis zusammen zu führen, damit wir aus vielen Perspektiven heraus der Frage nach einer bewussteren, kohäsiven, d. h. aufeinander abgestimmten Sprachenpolitik nachgehen können. Aus der Sicht der Spracheninnenperspektive und der Sprachenaußenperspektive wollten wir ein abgerundetes Bild der Gesamtsituation und der Zukunftsperspektiven erhalten. Innenperspektiven kamen aus dem sozialen Bereich und Integration, der Schule, Hochschule und Forschung sowie der Wirtschaft. Außenperspektiven kamen von den Humboldtianern, die in ihrem Panel eine bedenkenswerte Sicht auf das Deutsche und Deutschland warfen. Eine weitere Perspektive kam von den Journalisten aus Rundfunk und Fernsehen im Panel der Deutschen Welle. Der Hauptredner, Prof. Dr. Michael Clyne, der selbst auf der Bundes- und auf Landesebenen in Australien aktiv tätig war und ein profunder Kenner Deutschlands ist, entwarf ein Gesamtbild, das über weite Strecken das Expertengespräch leitete.

Es ist unmöglich, die Themenfelder, Beiträge und Diskussionen einer so gedrängten Veranstaltung wie dieser zusammenzufassen, zu würdigen und hinsichtlich von Handlungsperspektiven zu werten. Ich will daher damit beginnen, einige Voraussetzungen des Gespräches zu resümieren und wichtige Ergebnisse der Sektionen heraus zu stellen, um Dimensionen für eine bewusstere, kohäsive, nationale und europäisch orientierte Sprachenpolitik zu bestimmen. Darauf folgen Aussagen zur Implementierung im Rahmen der Verfassungs- und politischen Struktur Deutschlands. Den Abschluss bildet ein Resümee dessen, was sich aus dem EU *Eurobarometer 2005* hinsichtlich einer Akzeptanz einer solchen Sprachenpolitik ableiten lässt. Der zusammengefasste Abschlussbericht ist über http://www.avh.de/de/netzwerk/veranstalt/expert_2006_index.htm abrufbar.

Rahmenbedingungen einer bewussten und kohäsiven Sprachenpolitik

Vorweg einige Bemerkungen zu dem, was wir als Hintergrund für (fast) gegebene Annahmen. Wenn man von *Sprache* spricht, muss man sich klar darüber sein, dass sie ein

- Werkzeug zur Verständigung ist, das Informationen, Meinungen oder Erlebnisse übermittelt
- Repositum der Kultur an sich ist, das in nicht immer schnell einsichtiger Weise die Werte, Erfahrungen und Klassifizierungen einer Gesellschaft (in Auseinandersetzung mit anderen) widerspiegelt
- Gegenstand von sich wandelnden und zu jeder Zeit kontroversen Einstellungen ist.

Sprachenpolitik wird unter dem Einfluss dieser Funktionen unterschiedliche Aufgaben und Ziele verfolgen. Generell wird man Sprachenpolitik als eine Politik verstehen, die auf Änderungen in der Sprachform, solchen im Sprachgebrauch und solchen in den Einstellungen zu einzelnen oder Gruppen von Sprachen abzielt. Das ist ein weites Feld, und wir sahen sie nur am Rande unter dem weit verbreiteten Aspekt der Sprachkodifizierungspolitik. Wir diskutierten nicht die Grundlagen der alten oder neuen Rechtschreibung, nicht die Bedeutung des Purismus in der Lexis oder die Gefahr der Amerikanismen ¹ Wir meinten, in Anlehnung an Michael Clyne, Sprachenpolitik im Sinne von

¹ Der Unterschied zwischen *Sprachenpolitik* und *Sprachplanung* ist subtil und soll nicht thematisiert werden.

- Sprachenstatuspolitik: Sie thematisiert die Komplementarität von Sprachen thematisiert und die Bereiche der Kommunikation, wo sie alternativ, mehrheitlich oder ausschließlich verwendet werden
- Sprachenerwerbspolitik, die die Frage der Erwerbskontexte vom Kindesalter an im Sinne einer *education permanente* thematisiert und auf die Bereitstellung quantitativer und qualitativer Ressourcen abzielt.

Wir unterscheiden bei Statuspolitik eine Politik, die sich auf den Status im Landesinneren und eine, die sich auf den Status einer Sprache von Außen gesehen bezieht. Auf den Unterschied zwischen einer Spracheninnen- und Sprachenaußenpolitik werde ich wiederholt zu sprechen kommen.

Aus diesen Annahmen folgten spezifische Forderungen an die Struktur einer Spracheninnenpolitik:

- 1) Deutschland braucht eine multilinguale Sprachenpolitik
- 2) Das Deutsche ist dabei die zentrale Sprache

Die erste Aussage wäre für manche Kreise interessant, wenn man die durch den Europarat in Strassburg geregelten Rechte für Minderheitensprachen, also die des Sorbischen und Friesischen, übersehen wollte, und das Deutsche als allein relevante Sprache postulierte – was gelegentlich geschieht. Im Übrigen ist die Forderung nach einer vielsprachigen Politik in einem demokratischen und offenen Staat alternativlos. Wenn man einen Staat als ‚offen‘ definiert, muss man auch nicht problematisieren, ob Sprachen eine Art Menschenrecht darstellen, wie es manche Experten tun. Hingegen ist zu klären, ob eine solche Politik eher das Deutsche oder eher die Vielfalt der Sprachen – also eher mono- oder multikulturell – begründet wird, was sich in verschiedenen Domänen des öffentlichen Lebens, also der Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik, Wirtschafts- oder Außenpolitik, manifestieren würde.

Die damit zusammenhängende zweite Aussage bezieht sich auf die gesellschaftliche und politische Stellung, insbes. des Deutschen. Das Deutsche ist die Sprache des Landes *per se*, wie es der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, in einem Schreiben an mich vom 14. August 2006 ausgedrückt hat. Von allen Staatsbürgern und hier dauerhaft lebenden Menschen werde man erwarten können, dass sie das Deutsche erwerben. Aber, so impliziert Lammert, müsse allen ein hinreichender Zugang über Bildungseinrichtungen gewährt werden. Auch wenn Sprachen inhärenter Ausdruck einer Kultur sind und, am Beispiel des Deutschen, auf die leidigen Debatten über Leitkultur und Sprachpurismus angespielt wird, ist es unbestritten, dass jede Sprachpolitik auf einem Zusammenhang von Sprache und Kultur beruht. Selbst der Begriff Kultur impliziert ebenso unbestritten eine inhärente Offenheit nach außen. Eine auf Vielfalt ausgerichtete Sprachenpolitik steht daher nicht im Gegensatz zu einer die das Deutsche zu fördern beabsichtigt

Ein Thema lokalisierte sich an der Schnittstelle von Sprachenpolitik und Bilingualismus: nämlich die Frage, ob Sprachen für alle Kommunikationsdomänen oder selektiv für einige verwendet und erlernt werden sollen. Das Postulat der vollen Mehrsprachigkeit steht im Gegensatz zu dem nach einer domänenspezifischen. Dieses Thema spielte in den Sektionen Schule, Hochschule und Forschung eine Rolle. Eine selektive Mehrsprachigkeit kann auch Folgen für das Deutsche selbst haben, wie Herr Mocikat zeigte, nämlich dann, wenn es aus Domänen verdrängt wird, die seine innersprachliche, lexikalische Entwicklung beschränken.

Diese Aussagen führen nun zu der Folgerung, dass eine kohäsive, multilinguale Sprachenpolitik das Deutsche an der Spitze einer Hierarchie verorten muss, während andere Sprachen oder, genauer gesagt, Sprachtypen, also

- i. die regionalen Minderheitssprachen, also das Dänische, Sorbische und Friesische
- ii. die Migrantensprachen, deren Zahl anwächst und deren Muster und Gewichtung sich mit der Änderung der Migrationsmuster und der Dauer der Aufenthalte der Sprecher im Lande ändert
- iii. die so genannten Fremdsprachen (soweit sie im Lande selbst gebraucht werden)

komplementäre Funktionen einnehmen. (Am Rande, diese Sprachtypen überlappen, wie Michael Clyne selbst für das Englische in Berlin nachwies.) In dieser Abstraktheit dürfte die Grundstruktur für die Mehrzahl der Staaten mit einer oder mehreren dominanten Sprachen gültig sein.² Zu debattieren waren also (a) die Frage, ob und welche spezifischen Bedingungen für Deutschland gelten, und (b) die Frage der Präzisierung der Funktionen und der Wahl der Sprachen, die politisch relevant werden.

Die innenpolitischen Dimensionen einer Sprachenpolitik sind im Lichte des globalen Handels und der Außeneinflüsse, der Globalisierung zu diskutieren. Sie sind nicht nur eine wirtschaftliche, politische und institutionelle Wirklichkeit, sondern greifen in das tägliche Leben der Menschen und Gruppen ein und zwingen sie, sich zu ihr zu stellen.³ Eine kohäsive Sprachenpolitik angesichts der Globalisierung muss die Interaktion der Erfordernisse von und nach Außen mit denen im Inneren in Einklang bringen. Dieses Thema kam in den Gesprächen immer wieder auf. Aber wenn die Rolle des Deutschen intern, durch Institutionen und Firmen in oder nach außen oder durch eine Auswärtige Kulturpolitik zugunsten des Englischen relativiert wird, wie das in weiten Bereichen der Fall ist, wird die Motivation, Deutsch zu lernen, außen geschwächt – Deutsch verliert seinen kommunikativen Wert und damit seinen Marktwert. Wer das Deutsche nach außen stärken will, muss dafür sorgen, dass seine Rolle nicht indirekt innen und in der Kommunikation von und nach außen geschwächt wird.

Damit, denke ich, sind Rahmenbedingungen für eine bewusstere und kohäsive Sprachenpolitik bestimmt. Es geht nun darum, Leitthemen oder übergreifende Themen herauszustellen.

„Braucht Deutschland also ...?“

Ausgehend von diesen generellen Aussagen, möchte ich eine Projektion im Hinblick auf das Thema unseres Expertengesprächs, also auf die Frage ob Deutschland (nun) eine bewusstere, kohäsive Sprachenpolitik brauche, versuchen. Dabei werden die Schwerpunkte einer solchen Politik und deren Umsetzung im Mittelpunkt stehen.

... eine *bewusstere* Sprachenpolitik?“

Angesichts der Widersprüche in der Praxis, der unzureichenden Bewertung des Status von Sprachen und des Deutschen sowie der Dringlichkeit der Probleme kann die Antwort auf diese Frage nur ein klares Ja sein. Das hat eine Reihe von Implikationen, von denen ich einige benennen will:

- Sprachenpolitik muss auch eine Antwort finden auf die sich wandelnden demografischen Gegebenheiten mit ihren sprachlichen, sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Folgen. Das Sprachenmosaik muss eine gewichtete, aber offene Struktur haben.
- Das kaum vorhandene Bewusstsein für eine Sprachinnenpolitik muss erweitert werden, so dass sie neben der Rolle des Deutschen die der anderen o. g. Sprachtypen in den Blick bekommt und den Einfluss von außen, den des Englischen adäquat thematisiert.
- Es müssen über das Bundesamt und die Landesämter für Statistik quantitative und qualitative Daten über die Sprachenstrukturen in Deutschland erfasst werden; sie fehlen in fast allen sprachrelevanten Bereichen. Sie erst lassen die Dimensionen und Chancen einer multilingualen Sprachenpolitik klar vortreten.
- Sprachenaußenpolitik darf nicht allein dem Auswärtigen Amt und dem Europa- und Auswärtigen Ausschuss überlassen werden. Die anderen Spieler in Wirtschaft, Wissenschaft, Hochschulen usw. müssen die Außenwirkung ihrer Praxis im Lichte der Globalisierung bedenken.

² Diese Aussage ist natürlich nicht ganz so unproblematisch angesichts etablierter, starker Sprachen, die heute oft als Minderheitssprachen gelten. Man denke an das Katalanische und Baskische in Spanien oder das Ungarische und Slowenische in Österreich.

³ Dass Globalisierung nicht gerade eine neues Phänomen ist, dürfte jedem klar sein, der sich z.B. mit der Geschichte der Außenwirtschaft und Firmen wie Linde, Siemens, Faber Castell u.v.a. befasst.

- Die Alltagsperspektive, also die Populärkultur, der Tourismus, die Arbeitswelt wie die Sicht der Abnehmer oder Konsumenten, befördert das Englische als Ausdruck der Globalisierung. Es erfährt daher berufspolitisch, gesellschaftspolitisch und aus der Perspektive der Gesamtgesellschaft heraus eine weite Akzeptanz, was selbst bei optimalem Spracherhalt auch für Migranten in zweiter oder dritter Generation gilt. Die Öffentlichkeit muss für den Wert der Sprachenvielfalt, die Gefahren für die Muttersprachen und die Potenz der Sprachenpolitik sensibilisiert werden.

Wer eine bewusstere Sprachenpolitik befürwortet, muss sich diesen Folgerungen und den daraus ableitbaren Fragen stellen.⁴ „One language fits all?“ – der Titel eines australischen Buches – muss geradezu mit Nein beantwortet werden und dafür müssen sich Partner in der Gesamtgesellschaft finden.

... eine *kohäsive* Sprachenpolitik?“

Diese Frage hat zwei Richtungen – eine der (eben angesprochenen) Zuordnung der Verantwortung und eine der Inhalte. Sie ist nicht ohne weiteres mit einem Ja zu beantworten, zumal sie einen Zentralismus suggeriert, der vermieden werden muss. Auch eine kohäsive Sprachenpolitik muss auf einem breit angelegten, wenn auch nie unumstrittenen gesellschaftlichen Konsens aufbauen. In einem Frühstadium der Planung wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass die Bundesregierung das Thema Sprache im Koalitionsvertrag angesprochen hätte. Ich machte mich auf eine fast erfolglose Suche durch den Koalitionsvertrag. Die deutsche Sprache tauchte in der Tat an einigen Stellen im EU-Kontext auf. Anrufe bei den Parteien vertieften das Bild der Zersplitterung des Themas; die Suche in den Strukturen des Parlaments bestätigen diesen Eindruck und zeigt eine diffuse Führung durch die Ausschüsse für „Bildung“ oder „Bildung in der Auswärtigen Kulturpolitik“, die sich in den Abteilungen im Bildungsministerium und im Auswärtigen Amt wiederholte. Das Innenministerium ist über Migrations- und Flüchtlingsfragen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg beteiligt. Sprache ist und bleibt ein sog. Querschnittsthema, das bislang keine kohäsive Behandlung erfährt.

⁴ Diese Aussagen gelten nicht nur für den demografischen Bereich, also die Zahl der Migranten oder deutschen mit einem Migrationshintergrund und einem spezifischen Sprachhintergrund. Sie gelten für die Untersuchung, die Aufgabe des Staates wäre,

- der Siedlungsmuster
- der wirtschaftliche Tätigkeiten
- des Bildungshintergrunds
- der vorhandenen Sprachkompetenzen
- den Sprachaspirationen u.v.a.m.

Man sollte nicht nur auf den Staat blicken. Auch wenn es in zur Wirtschaft mehr Untersuchungen zum Sprachbedarf gibt, so gehen diese oft nicht von Wirtschaft aus, sie werden ihr fast abgetrotzt. Und das zeigt sich besonders an einer europaweiten Sprachbedarfsuntersuchung ELAN, an der ich perifer beteiligt bin. Während praktisch alle EU Länder abgeschlossen sind, sperrt sich die deutsche Wirtschaft mit dem Rücklauf der Fragebögen – dabei könnte auch sie nur gewinnen. Wissen die Firmen etwas über die Sprachpotenziale über ihre Mitarbeiter mit einem Migrationshintergrund oder auch dem der Mitarbeiter insgesamt? Was wird getan, um dieses Potenzial zu abzurufen, zu nutzen und zu fördern?

Man kann auf die Medien blicken, obgleich ich hier mein Unwissen nicht verbergen kann. Aber gibt es quantitative und qualitative Untersuchungen zum Programmangebot in anderen Sprachen? Wissen wir genug über die Sprachen, die im Unterhaltungssektor verwendet werden? Ist es zu 99% das Englische oder spielen andere Sprachen auch eine Rolle? Gibt es regionale Unterschiede zwischen der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen und –tschechischen Grenze? Werden Sprachen in den MultiKulti-Sektor abgedrängt, wo sie ein Schattendasein führen? Im rbb, um ein abschreckendes Beispiel zu nennen, tauchen sie im Europatag im Mai (?) und erschlagen den Hörer wie mit einer Keule. Von da an verschwinden sie wieder für ein ganzes Jahr.

Angesichts des staatlichen, nicht-staatlichen und quasi-staatlichen Chaos⁵, war es ein wichtiges Anliegen des Expertengesprächs, überhaupt ein Bewusstsein für die mangelnde und unkoordinierte Zuordnung von Sprache(n) zu schaffen. Dabei geht es nicht, wie es Bundeskanzlerin Merkel für andere Bereiche meinte, um ein „Durchregieren“. Der realistischste Weg ist der einer informierten Koordination unter Federführung etwa des Kulturstatsministers und eines interparlamentarischen und interministeriellen Arbeitskreises, der Vorschläge zur Bearbeitung im Parlament zu erarbeiten hätte. Die auf dem Expertengespräch behandelten Themen erwiesen sich als so komplex, dass es sinnvoll scheint, Ziele und Erwartungen in einer Anfangsphase nicht allzu hoch anzusetzen. Es würde schon helfen, wenn diese Bereiche voneinander wüssten und sich abstimmten. Man wird keine Kohäsion im Sinne einer Einförmigkeit anstreben wollen. Kohäsiv wird vielfältige Antworten zulassen. Aber angesichts der Entwicklungen der Gesellschaftsstruktur Deutschlands mit Millionen von Zuwanderern und ihren Nachfahren und ihren Sprachhintergründen ist das Thema drängend. Wir wissen aus Statistiken, dass, wenn ich mich nicht täusche, bis zu 40% der Schüler in wenigen Jahren aus diesem Bereich kommen. Sollen sie sich letztlich mehr oder weniger schnell dem Deutschen zuwenden? Oder gibt es etwas, womit sie die Gesellschaft, die unser aller ist, bereichern können? Diese Fragen sind dringend, nicht rhetorisch.

Folgende Implikationen folgen aus dem o.g. gemachten Aussagen:

- Eine Sprachinnenpolitik kann sich nicht auf den Status des Deutschen beschränken, es muss das Gesamtbild behandeln und die Chancen der Sprachenvielfalt erörtern.
- Die Interaktion von Sprachinnen- und Sprachaußenpolitik muss erkannt werden. Staatliche und vom Staat abhängige Stellen wie die Hochschulen, die staatlich geförderte Forschung und die Bildung allgemein sollten mehr an einem Strang ziehen.
- Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass Hochschulen und Forschungsinstitutionen überhaupt ein Empfinden für die politischen Folgen von sprachlichen Praktiken entwickeln und nach neuen expliziten Praktiken suchen.
- Die Wirtschaft, die Medien, die Kultur etc. sollten das zur Kenntnis nehmen und sich dazu verhalten; sie könnten, wie wir es gehört haben, vielleicht sogar eigene Impulse geben. Eine pauschale Bevorzugung des Englischen sollte einer situations-sensitiven Beurteilung weichen, und es sollten die Maßstäbe, die an das Englische gestellt werden, zumindest denen angepasst werden, die in englischsprachigen Ländern üblich sind. Eine Art Pidginenglisch hilft keinem.
- Die Potenz der Migrantensprachen muss aufgegriffen und gesellschaftlich integriert werden. Sie müssen außerhalb des MultiKulti-Sektors aufgegriffen werden.
- Man muss die einzelnen Sprechergruppen konsultieren, ihr Potenzial aktivieren helfen und sie einbeziehen. Sie müssen sich umgekehrt der Verantwortung für ihre Sprachen stellen.

Kohäsiv heißt also in einem ersten Schritt nur eine zeitweilige Zentralisierung des Themas. Sie greift die Verbindung von Innen- und Außenperspektive auf und sucht für die Einbeziehung der vorhandenen Sprachen unter der Prämisse, dass Vielfalt Nutzen bringt, problemorientierte

⁵ Dazu gehören:

- (i) die Bundes- und 16 Landesregierungen mit praktisch allen Ressorts
- (ii) das Bundes- und 16 Länderparlamente mit einer großen Zahl ihrer Ausschüsse
- (iii) regierungsnahen Institutionen wie xx
- (iv) die Wirtschaft mit ihren Verbänden, also dem DIHT u.v.a.; manche davon, wie der Verband der Außenwirtschaft xx, die Gewerkschaften und wirtschaftsnahe Bildungseinrichtungen
- (v) der große öffentlich-rechtliche und private Mediensektor
- (vi) der Bereich Soziales, einschl. der Kirchen
- (vii) der große Bildungssektor, einschl. der Hochschulen, des DAAD, der Stiftungen, der DFG etc.
- (viii) der generell nach Außen gerichtete Bereich, also (erneut) der DAAD, die Stiftungen, aber auch die parteinahen Stiftungen, die GTZ usf.
- (ix) die Repräsentanten von Migrantengruppen als Sprecher einer oder mehrerer Sprachen
- (x) die wissenschaftlichen und schulischen Fachverbände

Lösungen. Sie sucht vor allem Lösungen für z.B. das Sprachenwahl, die – progression und die Kontinuität in und über verschiedene Bildungseinrichtungen hinweg.

... eine *nationale Sprachenpolitik*?

Auch diese Frage ist nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten, ja sie wird angesichts des Unterschieds und Zusammenspiels der Sprachinnen- und außenpolitik komplizierter. Vieles, was eben gesagt wurde, gehört zu den nationalen Aufgaben, zur Sprachinnenpolitik. Aber alle Domänen haben eine nach außen gerichtete Dimension, die Welt wirkt von Außen herein. Der Export, die internationale Verflechtung, die Außen- und Europapolitik, die globale Dimension der EU, die Internationalisierung der Forschung und Hochschulen, die Kultur- und Medien, die militärische oder humanitäre Krisenpolitik u.v.a.m. werfen Fragen für eine Sprachkommunikation auf, die global sind. Man beobachtet ja mit Staunen und Befremden, dass Schulpartnerschaften der EU mit z.B. Polen oder Ungarn über Englisch laufen. Sprachenaußenpolitik hat eigene Bedürfnisse, und so sehr die Spracheninnenpolitik betont wird, so sehr sind Nichtüberlappungen mit der Sprachenaußenpolitik spürbar. Heißt das, dass nationale, nach innen gerichtete Sprachenpolitiken chancenlos sind?

In diesem Zusammenhang tun sich nun sehr spezifische Eigenheiten Deutschlands auf. Es stellen sich prinzipiell die Fragen, ob eine nationale Sprachenpolitik überhaupt rechtlich möglich ist. Lässt die Föderalismusreform im GG überhaupt eine nach Innen gerichtete Sprachenpolitik Deutschlands zu? Oder ist eine solche Politik Aufgabe der einzelnen Länder? Zwar ist und bleibt AA zuständig für die nach Außen gerichtete Sprachenpolitik (als Teil der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik), aber die so erforderliche Rückbindung mit der Spracheninnenpolitik ist offen. Welche Rolle spielt die EU-Dimension? Kann sie in eine solche Politik juristisch eindeutig integriert werden?

Die Globalisierung befördert das Englische. Selbst der islaminterne Dialog, der sich zwischen den großen islamischen Staaten Südostasiens, also Indonesien und Malaysia, Pakistan und Indien, und der arabischen Welt abspielt, wird nicht auf Arabisch oder Persisch, sondern auf Englisch geführt. Dem Englischen wird eine neutrale Kommunikationsrolle zugeschrieben, die sie mit keiner anderen Sprache teile. Das trifft natürlich typischerweise nicht auf Fälle zu, bei denen Mutter- mit Nichtmuttersprachlern kommunizieren, denn hier baut es Barrieren auf. Wir wissen auch von demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen vor allem in Asien, dass neue Konstellationen entstehen. Es haben sich regionale Zwischenebenen entwickelt, man denke an die EU, ASEAN, evt. NAFTA, die neben dem englischen auch andere Sprachen in den Vordergrund bringen. David Graddol (2006) hat diese Entwicklung im Einklang mit der Politikwissenschaft als polizentrisch beschrieben. Wenn man dieser Beschreibung der Zukunft versuchsweise zustimmen mag, folgt, dass sich das Umfeld von Sprachenpolitik und die Interaktion zwischen Spracheninnen- und -außenpolitik verändern. Englisch wird immer eine wichtige Sprache sein. Aber andere Sprachen, auch das Deutsche erhalten eine stärkere Regionalfunktion.

Was in den USA offenbar schon geschieht, mag auch hier in bestimmten Kreisen um sich greifen: die Einstellung von chinesischen *nannies*, damit die Mittelschichtskinder ihre Chancen bewahren. Dieser Druck wird nicht ohne Folgen für die skizzierte Spracheninnenpolitik sein. Die meisten Migrantensprachen werden nicht unbedingt zu den ‚Gewinnern‘ gehören. Manche asiatische Sprachen, vielleicht Türkisch und sicher Arabisch werden befördert und, insoweit sie in Deutschland und anderen EU-Staaten verankert sind, durch Politiken gestärkt, die Sprachen, die auf Migrationen zurückgehen. Die häufige Rückwanderung der Alten wird das Deutsche stärken. Die europäische Region wird manche Sprachen befördern, wie die Sprachen der unmittelbaren außereuropäischen Nachbarn, also etwa in Nordafrika und Mittelasien oder mit Russland.

Wenn auch nicht unter dem alleinigen Vorzeichen des Englischen, kommt die Sprachinnenpolitik unter Druck und muss auf diese Herausforderungen eingehen. Eine nationale Politik wird sicher nach europäischen Antworten suchen. Für die europäischen Nationalsprachen, die in der EU

Arbeitsprachen sind, könnte das bedeuten, dass sie in einem EU-weiten Ansatz am ehesten zu fördern sind, etwa durch gemeinsame EU Kulturinstitute. Dieser Gedanke ist ja nicht so neu, der British Council, die Alliance Francaise und das Goethe Institut arbeiten ja bereits auf vielen Ebenen zusammen. Eine Vertiefung dürfte nahe liegen.

Die Akzeptanz einer multilingualen Sprachenpolitik

Haben Ansätze, wie die hier geschilderten, überhaupt Chancen einer zumindest partiellen Realisierung?

Man wird von einer breiten, aber undifferenzierten, geradezu ängstlichen Akzeptanz einer Vielsprachenpolitik in dem Sinne ausgehen können, dass die Berechtigung des Erhalts von Sprachen allgemein akzeptiert wird. aber wenn es darum geht, dies formal in bestimmten Bereichen durchzusetzen, kommen Widerstände auf. Wir haben ja von Michael Clyne und in manchen Sektionen gesehen, dass die Bereitschaft der traditionell deutschsprachigen Gesellschaft, Migrantensprachen wie das Türkische oder Griechische im Schulkontext anzunehmen, marginal ist und dass die Akzeptanz durch Eltern und Schüler gering ist. Bilinguale und Europaschulen haben es schwer. Doch gibt es ja zahlreiche erfolgreiche Modellversuche in Deutschland, die zeigen, wie sehr Vielsprachigkeit bei der Persönlichkeitsentwicklung, bei der Erfassung kultureller und anderer Eigenheiten und dem Erwerb der sozialen Kompetenz hilft.

Erschweren kommt die Option des Englischen hinzu, die sich zunehmend in Europa durchsetzt. Die Akzeptanz von Politiken, die gegen das Englische zu laufen scheinen, dürfte schwach sein, was auch das *Eurobarometer 2006* belegt. Allerdings ist zu differenzieren, da der Erwachsenenektor und besonders der der Berufstätigen zeigt, wie sehr man bereit ist, andere Sprachen im und für das Berufsfeld zu lernen. Überhaupt wird der Erwachsenenbildungssektor übersehen.

Was wäre also zu tun, um eine Spracherwerbspolitik zu formulieren, die die Optionen über das Englische hinaus eröffnet und zumindest einen Stand erreicht, den wir vor, sagen wir, 10 oder 20 Jahren hatten?

Nächste Schritte

Die nächsten Schritte habe ich damit angedeutet; ich möchte aber einige präzisieren. Voraussetzung ist natürlich, dass die wesentlichsten Aspekte der Tagung in einen Bericht einmünden und es die Internetpublikation im Hintergrund gibt. Dem folgen aber sehr eilige weitere Schritte:

- (1) Eine Fokussierung für die Bedürfnisse des Auswärtigen Amtes zur Auswärtigen Bildungs- und Kulturpolitik; hier spielt die Interdependenz der Spracheninnen- und -außenpolitik eine besonders wichtige, aber meist übersehene Rolle.
- (2) Ein Schreiben an den Bundestagspräsidenten, Dr. Norbert Lammert, und die Abgeordneten, die sich auf mein Schreiben gemeldet haben, mit dem Ziel einer innerparlamentarischen Meinungsbildung und dem Vorschlag, dazu externe Multiplikatoren (z.B. aus diesem Kreis) einzuladen.

Sobald das erreicht ist, werden Sie von uns wieder angeschrieben und informiert. Es wäre dann zu fragen, ob

- (3) man in bestimmten Domänen wie der Wissenschaft, den Medien oder der Wirtschaft separat aktiv werden sollte
- (4) eine Nachfolgekonferenz unter Einschluss des Kommissars Figel, ggf. anderer sinnvoll ist
- (5) eine Parlamentsoffensive gestartet werden sollte.

Ich denke, dass ist Programm genug. Wer immer sich angesprochen fühlt, kann auf diesem Hintergrund weitere Initiativen ergreifen, wobei die Betonung des gemeinsamen Impetus nicht verloren gehen solle. Wichtig ist der Hinweis, dass die VW-Stiftung noch 2006 ein Schwerpunktprogramm zur Wissenschaftssprache mit Schwerpunkt Deutsch beginnen will.

Vom Querschnittsthema zum – zeitweilig – fokussierten Thema

Die Analysen, die wir im Laufe des Expertengesprächs gehört haben, sind noch disparat, die Strukturen, die sich damit im politischen, wirtschaftlichen, medialen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Bereich befassen sollten, unstrukturiert, meist uninformiert. Man agiert nur selten und übernimmt ‚herrschende Meinungen‘. Die eingehend beschriebene Interaktion zwischen Innen und Außen und die wechselseitigen Abhängigkeiten werden quasi nicht wahrgenommen.

Wenn das Thema „Sprachen“ somit auch ein schwieriges Querschnittsthema ist, so ist es immerhin „in“, wie die Zahl der Fach- und politischen Veranstaltungen, die Zahl der Publikationen u.v.a.m. zeigen. Vor kurzem lancierte der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, eine allerdings kurzlebige Debatte über die Frage, ob dem Deutschen im Zuge der Verfassungsreform über Bund- und Länderkompetenzen nicht ein Verfassungsrang zugebilligt werden sollte. Diese Forderung erhielt viel Zuspruch. Die Debatte wurde nicht vertieft, geschweige denn, dass sie um die hier behandelten Themenbereiche erweitert wurde; sie versandete angesichts internationaler Krisen.

Mir scheint, dass man den Weg einer innerparlamentarischen Meinungsbildung anstreben sollte. Sie könnte das Querschnittsthema Sprachen und Sprachenpolitik einmal übergreifend fokussieren, wie wir es getan haben. Sie könnte das weitergehende Ziel haben, das Thema zentraler in Regierung und Parlament zu verankern, so dass sich die Innen- und Außendimension von Sprachenpolitik befruchten und aufeinander Bezug nehmen.

Dank

Zwei Tage sind wir nun zusammen gesessen, um über die Frage, ob Deutschland eine bewusstere und kohäsive Sprachenpolitik brauche, nachzudenken und uns auszutauschen. Wir wissen nun mehr, denke ich, haben konsensfähige Aussagen, Gewichtungen und, so hoffte ich zu zeigen, Handlungsperspektiven, die wir nach Außen tragen wollen und können.

Doch alles hat sein Ende und so möchte ich als einer der Organisatoren dieser Veranstaltung mit einigen erforderlichen Bemerkungen schließen.

Lassen Sie mich im Namen der Organisatoren und sicher unser aller Namen Michael Clyne danken, der sich in nach mühevoller Arbeit Gedanken über die sprachpolitische Situation in Deutschland und über Wege gemacht hat und diese zu einer offensiveren Strategie zu bewegen. Er hat in den vergangenen Jahren sehr viel Zeit investiert, ein so schwieriges Land wie das unsere zu erforschen – es muss hin und wieder frustrierend gewesen sein.

Ganz besonderer Dank gilt den Förderern und Trägern der Veranstaltung, also der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Deutschen Welle sehr herzlich danken. Die Hmboldt-Stiftung hat durch die Verleihung des Forscherpreises an Prof. Michael Clyne diese Veranstaltung erst möglich gemacht und kontinuierlich die Planung gefördert. Dank besonders für den Empfang am ersten Abend. Die DW hat uns diese wundervollen Räume, die Verpflegung u.a.m. zur Verfügung gestellt. Sie hat große Teile der Gespräche aufgezeichnet, was uns später helfen wird. Ganz besonderer Dank gilt Frau Dr. Gisela Janetzke und Lisa Braukämper von der Humboldt-Stiftung, und von Herrn Dr. Hoffmann und Frau Martina Bertram von der DW, die viel Engagement für diese Sache investiert haben.

Dank gilt den Panelisten und Moderatoren für ihre Vorarbeit und die Arbeit und das Engagement hier. Sie trugen dazu bei, dass das Expertengespräch, trotz der Fülle der Redner und der Kürze der Zeit für jeden Einzelnen, ein Erfolg werden konnte. Zu danken habe ich auch den Teilnehmern, die durch Ihre Redebeiträge die Veranstaltung in vielfältiger Weise befruchtet und dafür gesorgt haben, dass wir am Ende einen solchen Wissensgewinn erleben durften.

Herzlichen Dank auch an Frau Tenzile Maraslioglu, die bei der Vorbereitung hilfreich war, aber erst nach der Tagung voll zum Einsatz kommen wird sowie dem Personal der Humboldt-Stiftung und der Deutschen Welle, die so viel für unser aller Wohlbefinden getan haben.

